

Schluss mit leeren Versprechen. Echte Hilfe für Gemeinden jetzt!

SPÖ fordert schnelle und einfache Hilfe mit 100-prozentigem Corona-Ausgleich für Gemeinden

- Österreich hat **2.095 Gemeinden**
- Gemeinden erbringen viele **Leistungen** für die Bürgerinnen und Bürger: **Schulen, Spitäler, Kindergärten, Feuerwehren, Trinkwasserversorgung, Straßenbau, Kanalbau und Kanalsanierung, öffentlicher Verkehr, Radwege, Pflege, Müllentsorgung, Schwimmbäder, Aufträge für lokale Wirtschaft** u.v.m.
- **Einnahmenverlust** durch Corona-Krise: **ca. 2 Mrd. Euro**
- SPÖ will **100-prozentigen Ersatz des Einnahmenverlustes der Gemeinden**: 250 Euro vom Bund pro hauptgemeldetem Einwohner
- Investitionspaket für Gemeinden von zumindest **500 Mio. Euro**

Ausgangslage

Durch die Corona-Krise verlieren die Gemeinden rund 2 Mrd. Euro. Das ist der geschätzte Einnahmenverlust durch Mindereinnahmen aus der Kommunalsteuer und durch fehlende Ertragsanteile. Bei fehlender Abgeltung dieser Einnahmenverluste sind wichtige kommunale Dienstleistungen in Gefahr. Die Gemeinden erbringen unverzichtbare Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger:

Die Gemeinden investieren

- in den **Straßenbau** und **Kanalbau** bzw. in die Sanierung
- in den für den Klimaschutz so wichtigen **öffentlichen Verkehr**
- in **Radwege**
- in **Bildung: Schulen, Kinderbetreuung**
- in die **Feuerwehren** sowie viele weitere für das Gemeindeleben und den sozialen Zusammenhalt wichtige Vereine
- in die **lokale Wirtschaft und Arbeitsplätze vor Ort**. Kommunen sind der größte Auftraggeber für die lokale Wirtschaft.

Die Gemeinden













- sorgen auch für **Pflege**
- stellen die **Trinkwasserversorgung** sicher
- sind für die **Abwasserentsorgung** zuständig
- fördern **Kultureinrichtungen** und ein lebendiges **Vereinsleben**
- betreiben **Bauhöfe** und **Schwimmbäder**
- sichern die **Müllentsorgung** u.v.m.

ÖVP/Grüne-Modell gefährdet Gemeindeleistungen

Auch bei der Gemeindefinanzierung zeigt sich, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Krise versagt. Das Versprechen „Koste es, was es wolle“ trifft ganz offensichtlich für die Gemeinden nicht zu. Denn die ÖVP-geführte Bundesregierung will den Einnahmenverlust der Gemeinden nicht zu 100 Prozent ersetzen, sondern lediglich bestimmte Investitionen mit höchstens 50 Prozent fördern. Das gefährdet die Leistungen der Gemeinden für ihre Einwohnerinnen und Einwohner. Denn die Gemeinden müssen weiterhin Löhne und Mieten zahlen, die Pflichtschulen erhalten und die Kinderbetreuung organisieren. Viele Gemeinden hatten bereits vor der Krise damit zu kämpfen, ausgeglichen zu budgetieren. Jetzt brechen Einnahmen weg, aber die Bundesregierung will kein Geld für die laufenden Aufwendungen lockermachen. Außerdem sind bei Türkis-Grün beispielsweise Investitionen in den Straßenbau bzw. in die Straßensanierung ausgenommen.

SPÖ-Modell sichert Gemeindeleistungen ab

Die SPÖ legt ein Modell für schnelle, unbürokratische Hilfe und vor allem für einen vollen Ersatz der Ausfälle vor. Es braucht eine 100-prozentige Abgeltung des finanziellen Ausfalls der Corona-Krise für Städte und Gemeinden. Für jede hauptgemeldete Person in einer Gemeinde soll es 250 Euro vom Bund als direkte Förderung geben. Das gibt Planungssicherheit und die Gemeinden werden nicht zum Bittsteller degradiert. Darüber hinaus soll es ein Investitionspaket für Gemeinden von zumindest 500 Mio. Euro jährlich geben.

SPÖ-Modell 2,2 Mrd. Euro	ÖVP-Grüne-Modell 1 Mrd. Euro
 Voller Ersatz der entgangenen 2,2 Mrd. Euro für Gemeinden	 Bis max. 50 % Förderung nur für bestimmte Investitionen
 250 Euro pro Einwohner in der Gemeinde (hauptgemeldet)	 Kein fixer Betrag pro Einwohner
 Deckt auch laufende Kosten von Vorhaben und Investitionen	 Nur für Investitionen
 100 % Ausgleich	 50 % Zuschuss, oder weniger
 Keine Kofinanzierung notwendig	 Mind. 50 % muss die Gemeinde selbst aufbringen
 Direkte Auszahlung durch den Bund	 Förderabwicklung durch Buchhaltungsagentur, die keine Erfahrung damit hat
31/8 Auszahlung bis 31. August 2020	?? Auszahlung nach Überprüfung des „mangelfreien und vollständig mit Unterlagen belegten“ Antrags

Beispiele: So stark profitieren Gemeinden vom SPÖ-Modell im Gegensatz zum schlechten Modell der Bundesregierung

Ybbs an der Donau (NÖ)

ca. 6.000 EinwohnerInnen

Maximal abrufbare Summe nach Modell der Bundesregierung: € 594.411

Direktförderung nach SPÖ-Modell: € 1.417.500,-

Altmünster (OÖ)

ca. 10.000 EinwohnerInnen

Maximal abrufbare Summe nach Modell der Bundesregierung: € 1.038.689

Direktförderung nach SPÖ-Modell: € 2.446.250,-

Graz (Stmk.)

ca. 290.000 EinwohnerInnen

Maximal abrufbare Summe nach Modell der Bundesregierung: € 36.422.979

Direktförderung nach SPÖ-Modell: € 71.988.750,-

Radstadt (Sbg.)

ca. 5.000 EinwohnerInnen

Maximal abrufbare Summe nach Modell der Bundesregierung: € 504.463

Direktförderung nach SPÖ-Modell: € 1.203.000,-

Bludenz (Vbg.)

ca. 15.000 EinwohnerInnen

Maximal abrufbare Summe nach Modell der Bundesregierung: € 1.554.120

Direktförderung nach SPÖ-Modell: € 3.649.000,-